

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021

1. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um in Rheinland-Pfalz wieder eine flächendeckende wohnortnahe Versorgung mit Geburtskliniken und geburtshilflichen Einrichtungen sicherzustellen? (Definition „wohnortnah“: Der Verband der Ersatzkassen fordert eine maximale Anfahrtszeit von 20 Minuten.)

Wichtig ist hierbei vor allem die Reformierung des DRG-Systems. Vorhaltekosten und Kostenentwicklungen der Realität müssen sich auch im DRG-System wiederfinden. So kann eine Säule der Finanzierung im Allgemeinen wieder gestärkt werden.

Im Bereich der Investition kann Rheinland-Pfalz sich bei der Bereitstellung investiver Fördermittel weiter verbessern. Die letzten Jahre haben eine stetige Verbesserung gezeigt. Diese muss weiter ausgebaut werden. Investitionsfinanzierungen im Bereich des Gesundheitswesens dürfen deshalb auch nicht mit anderen Bedarfen um politische Priorisierung konkurrieren. Die FDP möchte sich weiter für eine bedarfsgerechtere Finanzierung einsetzen. Wir Freien Demokraten wollen eine wohnortnahe und patientenorientiert Patientenversorgung für Stadt und Land sicherstellen. Hierzu zählt natürlich auch die Geburts- und Hebammenhilfe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, wirtschaftliche Fehlanreize im DRG- Fallpauschalensystem zu beseitigen. Regionale Besonderheiten bei der Planung der Grund- und Regelversorgung müssen stärker berücksichtigt und die Kosten der Krankenhäuser bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Eine private Trägerschaft unterstützen die Freien Demokraten, solange diese auf die langfristige hochqualitative medizinische Versorgung einer Region bedacht ist. Eine rein renditengesteuerte medizinische Versorgung lehnen wir ab.

2. Welche Maßnahmen zur Sicherung der Geburtshilfe als Grund-/Akutversorgung planen Sie in der kommenden Legislaturperiode?

Wir Freien Demokraten setzen uns für die Einrichtung von Hebammenzentralen, möglichst mit Räumen für Kurse oder Praxen sowie weitere Möglichkeiten der Versorgung ein.

Wir wollen die Weiterführung des Runden Tisches „Geburtshilfe“ und hierzu auch explizit das Thema „Physiologische Geburt“ verstärkt aufgreifen.

Die Freien Demokraten begrüßen das Modell „Hebammenkreißaal“ und setzen sich für die Fortführung dieses ein. Seit dem 1. Januar 2020 gilt für Hebammen und Entbindungshelfer ein Bachelorstudium als Grundlage. Wir wollen die Bezahlung und die Wertschätzung den neuen akademischen Ausbildungszielen anpassen und die Freiberuflichkeit derer fördern. Einen wesentlichen Teil der Finanzierung sehen wir aber auf der Bundesebene. Denn dort kann die komplette Refinanzierung der zusätzlich aufgestockten Stellen und erhöhten Tarife umgesetzt werden. Daher wollen wir bei der Initiative bis auf Bundesebene mitwirken.

3. Welche Maßnahmen planen Sie, um zukünftig eine kontinuierliche Begleitung der Frau während der Geburt durch eine Hebamme zu gewährleisten? Eine Eins-zu-Eins-Betreuung wird in der aktuellen medizinischen Leitlinie "Vaginale Geburt am Termin" empfohlen. Welche Maßnahmen ergreifen Sie für entsprechende personelle und strukturelle Kapazitäten in den Kliniken?

Für uns gilt das Grundprinzip, dass die werdende Mutter und ihr Kind im Mittelpunkt der gesundheitlichen und geburtshilflichen Versorgung stehen müssen. Wir halten daran fest, dass es die freie Entscheidung der Gebärenden ist, ob sie in einer Geburtshilfeklinik oder in einem Geburtshaus entbinden möchten, sofern die geltenden Qualitätsstandards gewährleistet sind und solange keine medizinischen Gründe dagegensprechen.

Wir wollen den Zugang zu einem umfassenden Vor- und Nachsorgeangebot für jeden gewährleistet wissen. Es ist aus unserer Sicht sozialpolitisch geboten, sicherzustellen, dass dieser nicht von der sozialen oder finanziellen Situation der Frauen und Familien abhängt. Gerade auch im ländlichen Raum müssen wir dafür sorgen, dass ein umfassendes Geburtshilfe- und Betreuungsangebot für Schwangere und Mütter in erreichbarer Distanz vorhanden ist. Aber auch in Großstädten ist die Versorgungssituation teilweise prekär. Auf kommunaler Ebene sind deshalb individuell passgenau wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Hebammen und Schwangere sowie junge Familien denkbar und geboten. Dazu können eine Einrichtung von Hebammenpools, Angebote von Willkommensbesuchen oder Vergünstigungen für Hebammen etwa durch kostenfreies Parken gehören.

Bundesweit muss die Erstellung statistischer Bestandsaufnahmen zur genauen Versorgungslage in der Geburtshilfe endlich effektiv vorangetrieben werden. Dazu ist eine quantitative Erfassung freiberuflich tätiger Hebammen mit und ohne Geburtshilfeangebot in Kooperation mit den Ländern notwendig.

4. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um zukünftig eine flächendeckende Hebammenversorgung während Schwangerschaft und Wochenbett sicherzustellen?

Gerade auch im ländlichen Raum müssen wir dafür sorgen, dass ein umfassendes Geburtshilfe- und Betreuungsangebot für Schwangere und Mütter in erreichbarer Distanz vorhanden ist. Aber auch in Großstädten ist die Versorgungssituation teilweise prekär. Auf kommunaler Ebene sind deshalb individuell passgenau wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Hebammen und Schwangere sowie junge Familien denkbar und geboten. Dazu können eine Einrichtung von Hebammenpools, Angebote von Willkommensbesuchen oder Vergünstigungen für Hebammen etwa durch kostenfreies Parken gehören.

5. Welche Schritte unternehmen Sie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zur "Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen" in Bezug auf Gewalterfahrungen während der Geburt?

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Istanbul-Konvention umgesetzt und den daraus entstehenden Verpflichtungen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Allgemeinen sowie zur Sicherstellung von Plätzen in Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen nachgekommen wird.

Hierzu müssen ausreichende, regional verteilte sowie an den tatsächlichen Bedarfen orientierte Anzahl an Frauenhausplätzen zur Verfügung gestellt werden. In Rheinland-Pfalz wurde die Arbeit in Bezug auf Frauenhäuser verstärkt, muss aber noch weiter intensiviert werden, um den Schutz der Frauen und Kinder zu gewährleisten. Weiter wurden Haushaltsmittel zur gesundheitlichen Prävention und Erkennung von

Misshandlungsverletzungen verstärkt eingesetzt. Für die Zukunft wünschen wir uns auch eine Diskussion, in welcher die Gesellschaft nicht die Augen vor diesen Themen verschließt. Prävention und Fürsorge der Opfer (/z.B. Weißer Ring) sollen weiter in den Fokus der politischen Arbeit rücken. Das betrifft die Unterstützung des Ehrenamtes in Vereinen, gerade zum Schutz der Kinder, gleichermaßen.

6. *Wie werden Sie zukünftig die Elterninteressen in die strukturellen Planungen der Geburtshilfe mit einbeziehen?*

Wir stehen prinzipiell für mehr Patientenbeteiligung. Dies betrifft auch die kindlichen Patienten in Form ihrer Eltern. Daher sollten auch schon auf Bundesebene, im BGA, mehr Patientenstimmen gehört und berücksichtigt werden, wenn es um Qualitätsbestimmungen und Umsetzungen geht. Im Land Rheinland-Pfalz sollten über Beteiligungsforen die Patientenstimmen auch in der Strukturplanung weiter berücksichtigt werden. Faktoren wie Geburtenfälle oder Klinikfälle sollten aber auch weiterhin Einklang in der Planung finden.

7. *Welche Maßnahmen ergreifen Sie gegen den Kinderärzt*innenmangel?*

Die Freien Demokraten stehen für eine Anpassung der Bedarfsplanung. Diese Planungen wurden zu Zeiten eingeführt, in welchen wir genügend Ärzte hatten. Die Bezirke der Bedarfsplanungen sind unseres Erachtens zu groß und sollten verkleinert werden. Zusätzlich sollten regionale Faktoren in der Planung stärker ergänzt werden. Hier ist schon einiges geschehen, sollte aber erweitert werden. Darunter zählen z.B. Geburtenraten, Alter der Kinderärzte in einer Region, eine eventuelle ländliche Struktur sowie die Ausbildungszahlen der Medizinstudenten.